

Offene Worte

Online Nr. 73

Zeitung der LINKEN für den Barnim 16. Dez. 2020, 30. Jahrg.

„Endlich etwas für Brandenburg tun!“

Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, zur Landtagsdebatte am 15. Dezember

Wir sind zu diesem Lockdown gezwungen, richtig. Die Zahlen in den Krankenhäusern und auf den Intensivstationen sprechen für sich. Zumindest wenn man halbwegs bei Verstand ist. Die Landesregierung in Brandenburg arbeitet aber weiterhin vor allem mit Appellen. Die übergroße Mehrheit verhält sich aber ohnehin bereits verantwortungsvoll, solidarisch und rücksichtsvoll. Deshalb richtet sich die Frage der LINKEN an die Landesregierung: Wo bleibt Ihre Einsicht, dass Schutz vor der Infektion und Schutz vor sozialem Abstieg zusammengehören? Die Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen tut so, als ob dieser Lockdown nur damit etwas zu tun hat, dass sich jetzt alle mal zusammenreißen, nicht einkaufen gehen und ihre Weihnachtsgeschenke selber basteln, wie Ministerpräsident Woid-

ke ja empfohlen hat. Aber darum geht es doch für viele Menschen gar nicht, sondern es geht für viele um die bloße Existenz. Denn, diese Krise trifft nicht alle gleich. Rechnungen, Mieten, Geschenke lassen sich nicht vom Balkonaplaus bezahlen. Das ist für viele Menschen bittere Erfahrung.

Die Krankenschwestern warten immer noch auf ihre Prämie vom Frühjahr. Die Kassierer*in, die sich jetzt systemrelevant nennen darf, bekommt laut einer Untersuchung der Gewerkschaften durchschnittlich 1,5 Prozent weniger Lohn als vor einem Jahr. Bundesweit sogar zwischen 4 und 7 Prozent weniger, laut einer Antwort des Statistischen Bundesamtes auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der LINKEN.

Wenn wir alle erfolgreich für Verständnis und Vertrauen sorgen wollen, dann müssen wir auch

soziale Sicherheit schaffen. Wir kommen nur solidarisch durch diese Krise! Und dazu heute, am 15. Dezember, wieder kein Wort vom Ministerpräsidenten.

Dabei bleiben meiner Friseurin, die jetzt wieder mit 60 Prozent Kurzarbeitergeld klar kommen muss, im Durchschnitt nicht mal 800 Euro netto. Und dann auch noch ohne Trinkgeld! Die Kellnerin bei meinem Lieblingsgriechen, die in drei 450 Euro Jobs arbeiten muss – sie bekommt keinen einzigen Cent. Meine alleinerziehende Bekannte, die jetzt wieder ihre Kinder nicht in Schule oder Kita bringen kann: Wie soll sie ihre Rechnungen von unbezahltem Urlaub begleichen?

Das Land Brandenburg muss endlich handeln. DIE LINKE bleibt bei ihren Forderungen: Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent. Wir brauchen eine Entschä-

digungsregelung für Eltern. Das schaffen andere Bundesländer – warum nicht Brandenburg? Die Selbstständigen und Soloselbstständigen sollen zwar wieder eine Überbrückungshilfe bekommen, aber der Rückschritt: Die Hilfe wird erneut auf die Fixkosten reduziert! Brandenburg produziert hier ein Chaos, das ist nur noch beschämend. Und zu allem Überflus verkündete der Wirtschaftsminister auf meine Nachfrage, dass die Novemberhilfen erst Mitte Januar und die Dezemberhilfen erst Mitte Februar ausgezahlt werden sollen. Hier muss unser Bundesland in die Vorauszahlung gehen und sich das Geld dann vom Bund zurückholen. All das geht und ist machbar. Wenn man will. Die Landesregierung muss endlich etwas für unser Bundesland tun und nicht nur abwarten, was andere beschließen.

„Ein Zeichen, dass wir wieder feiern werden“

Beschlüsse der Bernauer Stadtverordnetenversammlung auf Initiative der LINKEN



Auf der letzten Bernauer Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag der LINKEN beschlossen, die Veranstaltungsreihe „Musik im Korb“ im neuen Jahr fortzusetzen. „Mit „Musik im Korb“ ist es der Stadtverwaltung gelungen, eine Veranstaltungsreihe auf dem Wochenmarkt zu etablieren und diesen deutlich attraktiver zu gestalten. Gleichzeitig können Künstler*innen aus der Region auftreten und werden so in schwierigen Zeiten unterstützt.“, heißt es zur Begründung aus der Linksfraktion.

Ebenfalls beschlossen wurde der Antrag unserer Fraktion zum Beitritt Bernaus zum Städtebündnis „Mayors for Peace“. Dieses internationale Bündnis wurde 1982 auf Initiative der damaligen

Bürgermeister der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki gegründet. Das Netzwerk setzt sich weltweit für die vollständige Abschaffung aller Atomwaffen und für eine zivile nichtmilitärische Bearbeitung von Konflikten ein. Fast 700 Kommunen sind in Deutschland und weltweit an die 8000 dem Netzwerk bereits beigetreten. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürger verantwortlich sind, versuchen die „Mayors for Peace“ Einfluss auf die weltweite Verbreitung



von Atomwaffen zu nehmen und diese zu verhindern.

DIE LINKE forderte ursprünglich Festveranstaltungen für Erzieher*innen und Pfleger*innen, um sich seitens der Stadt für deren Arbeit generell, aber besonders für den Einsatz in der Corona Pandemie zu bedanken. Dafür zeichnete sich aber in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit ab, weshalb man den Antrag nochmals veränderte und gemeinsam mit den Freien Wählern eine zweite Version verfasste. In der Diskussion schilderte Stadtverordneter Matthias Holz das Gespräch mit einer

Pflegekraft. Diese arbeitet seit 20 Jahren in ihrem Beruf, ihre Arbeitsbedingungen haben sich ständig weiter verschlechtert. Mittlerweile wurde die Arbeit mit den Patienten „outsourct“, so dass sie „nur noch“ pflegt, aber nicht mehr die Zeit hat, sich mit den Menschen zu beschäftigen. Das mache den Beruf nicht gerade attraktiver.

Schlussendlich wurde der geänderte Antrag mit großer Mehrheit beschlossen: Für eine Festveranstaltung, mit der sich die Stadt bei den Bürger*innen für ihr Verhalten während der Pandemie bedankt. Kostenpunkt: 100.000 Euro. In Zeiten, in denen viele Veranstaltungen abgesagt werden, planen wir neue. Das ist ein Zeichen, dass wir gemeinsam diese Pandemie besiegen und wieder feiern werden können. So zeigte sich die Linksfraktion zufrieden, obwohl der Beschluss dem ursprünglichen Anliegen nicht mehr entspricht.

Matthias Holz
Stadtverordneter DIE LINKE

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSDP: Sebastian Walter.

nächste OW am
20. Dezember